

Inhaltsangabe

	<u>Seite</u>
A. Abkürzungsverzeichnis	ix
B. Darstellungs- und Tafelverzeichnis	xi
C. Verzeichnis der zusammenfassenden Uebersichten	xii
D. Literaturverzeichnis	xiii
1. Theoretische Ueberlegungen als Ausgangspunkt	1
1.1. Der Ausgangspunkt und die erkenntnisleitenden Fragen: Das kognitive Menschenbild und das Prinzip der Zirkularität in der Kommunikation	1
1.2. Die Zirkularität des langfristigen Kommunikations- prozesses zwischen Bürger und politischem System	5
1.3. Die symbolische Bedeutung der politischen Recht- fertigung als Sinngebungsprozess	8
1.4. Wirtschaftspolitik als Teil der Auseinandersetzung um Einfluss und Macht	11
1.5. Aengste und Hoffnungen in der wirtschaftspolitischen Argumentation	15
1.6. Zusammenfassung: Skizze einer Theorie der wirt- schaftspolitischen Sinngebung	20
2. Vorgehen	23
2.1. Der Untersuchungszeitraum und seine Unterteilung	24
2.2. Die Festlegung der Grundgesamtheit und der Stich- probe	25
2.2.1. Umschreibung der Grundgesamtheit	25
2.2.2. Bestimmung der Stichprobe	26
2.3. Die Anpassung des Ansatzes von Schmidchen auf die schweizerische Wirtschaftspolitik	30
2.3.1. Die Wahl der Quellen und der Weg zur Neufor- mulierung des Ansatzes	30
2.3.2. Aengste und Hoffnungen in der wirtschaftspo- litischen Argumentation der Schweiz	32
2.4. Das stufenweise Vorgehen bei der Untersuchung der Massnahmen und der Stichprobe	36
2.4.1. Sachverhalt	36

	<u>Seite</u>
2.4.2. Parlamentarische Debatte	36
2.4.3. Argumente aus den Zeitungen	36
2.4.4. Vergleich der Parlamentsdebatte und der wahrnehmbaren Argumentation	38
2.4.5. Gegenüberstellung der Pro- und Kontraargumentation	39
2.4.6. Charakterisierung der Periode	39
2.4.7. Statistische Erläuterungen	39
a) Der Periodenvergleich	40
b) Der Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest	41
c) Der Pearsonsche Kontingenzkoeffizient	42
d) Weitere statistische Hinweise	43
 3. Die Vorkriegsperiode von 1933 bis 1939	 44
3.1. Die umstrittene Lex Musy 1933	45
3.1.1. Der staatliche Lohnabbau als Vorbild	45
3.1.2. Die Angst des Parlamentes	46
3.1.3. Die Wahl zwischen einer sofortigen und einer zukünftigen Lohnreduktion	48
3.1.4. Die Sinnverschiebung gegenüber der Parlamentsdebatte und eine bessere Argumentation der Gegner	52
3.2. Die Kriseninitiative 1935	54
3.2.1. Ein origineller Ansatz	54
3.2.2. Die ausgeprägte bürgerliche Resistenz im Parlament	55
3.2.3. Vereinfachungen, Feindbilder und Polarisierung im Vorfeld der Volksabstimmung	57
3.2.4. In der Kampagne verschärfen sich die Gegensätze: Feindbild gegen Feindbild	61
3.3. Die Verschärfung der Preisüberwachung 1936	63
3.3.1. Die Störung der Preisbildung als Ausgangspunkt	64
3.3.2. Eine lange Entstehungszeit im Parlament	65
3.3.3. Die Betonung des wirtschaftlichen Schutzes	70
3.4. Die Abwertung von 1936: Der "Fränkli Meyer"	71
3.4.1. Internationale Störungen als Auslösfaktor	71

	<u>Seite</u>
3.4.2. Das Parlament beurteilt die Massnahme nachträglich	73
3.5. Die Finanzordnung 1938: Der lange Weg zum Konsens	78
3.5.1. Der misslungene Startversuch und das Resultat der Verständigungskonferenz	78
3.5.2. Eine unumstrittene Parlamentsdebatte	79
3.5.3. Die schwache Gegnerschaft der westschweizerischen Liberalen im Vorfeld der Volksabstimmung	80
3.5.4. Mehr staatliche Leistungen zum gleichen Preis und eine ungleiche Gegenüberstellung	83
3.6. Zusammenfassende Charakterisierung der ersten Periode (1933-1939)	85
 4. Die Wachstumsperiode von 1946 bis 1973	 90
4.1. Die Wirtschaftsartikel 1947	92
4.1.1. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg entstanden	92
4.1.2. Eine lange Debatte in den Kammern	94
4.1.3. Eine einfache und oberflächliche Argumentation	100
4.1.4. Slogans versus Slogans	103
4.2. Die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes: Die Kontingentslösung von 1950	106
4.2.1. Der gescheiterte Vorschlag des Bundesrates und das Resultat der Einigungskonferenz	106
4.2.2. Eine Verständigungsvorlage ohne SPS	108
4.2.3. Der Föderalismus und individuelle Vorteile im Zentrum der Kampagne	110
4.2.4. Eine Individualisierung der Argumente	113
4.3. Die Freigeldinitiative und die Revision des Notenbankartikels 1951	114
4.3.1. Wie ein Minderheitsantrag zum Volksbegehren wird	114
4.3.2. Eine kurze Behandlung in den Kammern	117
4.3.3. Die intensive Kampagne gegen die Freigeldinitiative	118
4.3.4. Der Vergleich zweier ungleicher Argumentationen	122
4.4. Die Weiterführung der Preisüberwachung 1952	124

	<u>Seite</u>
4.4.1. Die Regierung will die geltende Preisüberwachung verlängern	125
4.4.2. Das Parlament greift ein	126
4.4.3. Eine grosse Sympathie für die Preisüberwachung in der Kampagne	127
4.4.4. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung für oder gegen die "Preiskontrolle"	131
4.5. Die Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes 1958	133
4.5.1. Eine komplizierte Ausgangslage	133
4.5.2. Der geringe Handlungsspielraum des Parlamentes	134
4.5.3. Eine Propaganda im Zeichen des Steuerabbaus	137
4.5.4. Die föderalistischen Kreise verzichten auf die Gegnerschaft	140
4.6. Die Dämpfungsbeschlüsse 1964/65	142
4.6.1. Die Folge des Versagens der Gentleman's-Agreement-Politik	142
4.6.2. Das Parlament schliesst sich der Regierung an	144
4.6.3. Eine vielfältige und intensive Propaganda	146
4.6.4. Die Gegenüberstellung zweier komplexer Sinngebungen	151
4.7. Die gescheiterte Aenderung der Finanzordnung 1970	153
4.7.1. Ein Versuch, das Problem der Befristung zu lösen	153
4.7.2. Die parlamentarische Auseinandersetzung im Zeichen der Diskussion um die sachliche und zeitliche Beschränkung	154
4.7.3. Eine starke Gegnerschaft im Vorfeld der Volksabstimmung	156
4.7.4. Muss der Bürger mehr oder weniger Steuern bezahlen?	159
4.8. Die Dämpfungsmassnahmen 1972/73	161
4.8.1. Fünf gebündelte Vorschläge zur weiteren Konjunkturdämpfung	162
4.8.2. Die flankierende Preisüberwachung steht im Zentrum der Diskussion	164
4.8.3. Die Ereignisse im Vorfeld der Volksabstimmung und eine verwirrende Kampagne	166

	<u>Seite</u>
4.8.4. Eine veränderte Wirtschaftslage und die besondere Bedeutung des Preisbeschlusses	172
4.9. Zusammenfassende Charakterisierung der zweiten Periode (1946-1973)	174
 5. Die Stabilisierungsperiode von 1974 bis 1984	 178
5.1. Der erste Anlauf zum Konjunkturartikel 1975	179
5.1.1. Eine lange Entstehungszeit	179
5.1.2. Viel Diskussionsstoff im Parlament	181
5.1.3. Gespaltene Fronten in der Kampagne	184
5.1.4. Die Angst vor Steuererhöhungen und vor der Lohnüberwachung gegen drei Slogans	188
5.2. Die erste Mehrwertsteuervorlage von 1977	190
5.2.1. Der Weg zur Neuordnung der Umsatzsteuer	190
5.2.2. Die parlamentarische Debatte und ihre Anstoss- punkte	193
5.2.3. Die zunehmende Komplexität der Sinngebung in Finanzangelegenheiten	195
5.2.4. Eine erhebliche Sinnveränderung	199
5.3. Der zweite Konjunkturartikel 1978	201
5.3.1. Der wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Hintergrund	201
5.3.2. Der neue bundesrätliche Entwurf	203
5.3.3. Einer beinahe oppositionslosen Parlamentsrunde...	204
5.3.4. ...folgt eine oppositionsschwache Kampagne	206
5.3.5. Eine gerade Linie vom Parlament bis zur Kampagne	209
5.4. Die zweite Mehrwertsteuervorlage 1979	210
5.4.1. Tieferer Steuersätze im neuen Entwurf	211
5.4.2. Der bundesrätliche Entwurf setzt sich durch	212
5.4.3. Eine individualisierende Sinngebung	214
5.4.4. Erzeugung von erheblicher kognitiver Dissonanz	218
5.4.5. Weitere Sparanstrengungen und die Weiterführung der geltenden Ordnung	220
5.5. Die Vervollständigung des konjunkturpolitischen Instrumentariums durch die Preisüberwachung 1982	221

	<u>Seite</u>
5.5.1. Die Initiative und der konjunkturpolitische Gegenvorschlag	221
5.5.2. Der Gegenvorschlag spaltet die Fronten im Par- lament...	222
5.5.3. ...und stiftet Verwirrung in der Kampagne	225
5.5.4. Die Kampagne schafft klarere Fronten	229
5.5.5. Zusammenfassung der wesentlichsten konjunktur- politischen Massnahmen bis zum Ende des Unter- suchungszeitraums	230
5.6. Die Bankeninitiative 1984	231
5.6.1. Das Bankwesen im Kreuzfeuer der Kritik	231
5.6.2. Klare Stellungnahmen im Parlament	233
5.6.3. Eine verwirrende Unterstützung und eine einfache Gegnerschaft in der Kampagne	236
5.6.4. Moral versus Interessen	239
5.7. Zusammenfassende Charakterisierung der dritten Periode (1974-1984)	241
6. Resultate und Schlussfolgerungen	245
6.1. Die quantitativen Elemente der Argumentation	245
6.1.1. Die Struktur der Argumentation	246
6.1.2. Die inhaltliche und quantitative Differenzierung der Sinngebung	250
6.1.3. Die Sinngebung und die Stimmbeteiligung	255
6.1.4. Die besondere Bedeutung der B-individuell, der H-wirtschaftlich und der Verbindungen	257
6.1.5. Zusammenfassung	266
6.2. Versuch einer theoretischen Integration von Strate- giemustern formeller wirtschaftspolitischer Sinn- gebung	267
6.2.1. Theoretische Ausgangsüberlegungen	268
6.2.2. Das Modell und die Integration der Muster wirt- schaftspolitischer Strategien	270
6.2.3. Zusammenfassung	284
6.3. Versuch einer Charakterisierung der wirtschafts- politischen Argumentation	286

	<u>Seite</u>
6.3.1. Die Sinngebung und ihre Entwicklung	286
6.3.2. Versuch einer Charakterisierung der Sinngebung im Lichte Edelmanns	307
6.3.3. Zusammenfassung	313
6.4. Schlussfolgerungen für den wirtschaftspolitischen Berater	316
6.4.1. Der unabhängige Berater	317
6.4.2. Der Berater im System	319

Anhang

1. Argumente zum BG über die vorübergehende Herabsetzung der Besoldung, Gehälter und Löhne des Bundespersonals 1933	323
2. Argumente zur Kriseninitiative 1935	326
3. Argumente zur Finanzordnung 1938	330
4. Argumente zu den Wirtschaftsartikeln 1947	332
5. Argumente zur verfassungsmässigen Neuordnung des Finanzhaushaltes 1950	335
6. Argumente zur Freigeldinitiative und zum Gegen- vorschlag des Bundesrates 1951	338
7. Argumente zum Verfassungszusatz über die Preisüber- wachung 1952	341
8. Argumente zur Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes 1958	344
9. Argumente zu den Dämpfungsbeschlüssen 1965 (Kredit- und Baubeschluss)	347
10. Argumente zur Aenderung der Finanzordnung des Bundes 1970	353
11. Argumente zu den Dämpfungsbeschlüssen 1973 (Bau-, Kredit- Abschreibungs- und Preisbeschluss)	355
12. Argumente zum Konjunkturartikel 1975	360
13. Argumente zum BB über die Neuordnung der Umsatz- steuer und der direkten Bundessteuer (MwSt.) 1977	364
14. Argumente zum zweiten Konjunkturartikel 1978	367

	<u>Seite</u>
15. Argumente zum BB über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer 1979 (zweite MwSt.-Vorlage)	370
16. Argumente zur Preisüberwachungsinitiative und zum Gegenvorschlag 1982	373
17. Argumente zur Initiative über die Banken 1984	377